



Niederschrift

8. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. März 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 19 der Tagesordnung: Recht auf analoges Leben

Antrag: KAL

Vorlage: 2024/1297

Beschluss:

Verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss vom 8. April 2025

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 11. März 2025; verwiesen aus der Gemeinderatssitzung am 17. Dezember 2024.

Stadträtin Döring (KAL): Die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung, eine Modernisierung, die viele Prozesse vereinfacht und beschleunigt. Verwaltungsvorgänge können durch digitale Angebote effizienter gestaltet werden, und da gibt es in Deutschland und auch in Karlsruhe durchaus noch Luft nach oben. Aber die fortschreitende Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Teile unserer Gesellschaft abgehängt oder vor unüberwindbare Barrieren gestellt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadtverwaltung und alle städtischen Gesellschaften verpflichtet werden, ihre Angebote auch weiterhin analog zur Verfügung zu stellen. Digitalisierung darf nicht zur digitalen Ausgrenzung führen. Analoge Angebote sind wesentlich für die Inklusion aller Menschen. Viele Menschen können aufgrund ihres Alters, ihrer wirtschaftlichen Lage oder ihrer kognitiven Fähigkeiten digitale Angebote nur eingeschränkt nutzen. Andere wollen aus Gründen des Datenschutzes oder der Privatsphäre ihre Daten nicht über digitale Kanäle teilen. Für diese Menschen muss es weiterhin die Möglichkeit geben, auf die Dienstleistungen der Stadt Karlsruhe und ihrer Gesellschaften zuzugreifen, ohne die Notwendigkeit, ein Smartphone, einen Computer oder auch nur eine E-Mail-Adresse zu besitzen. Besonders in den Bereichen der Daseinsvorsorge, Dienstleistungen der Bürgerbüros oder im öffentlichen Nahverkehr muss ein analoges Angebot gleichwertig zu den digitalen Optionen bestehen. Verwaltungsdienstleistungen und Antragsformulare dürfen nicht

nur online zur Verfügung stehen, sondern müssen auch vor Ort in Papierform zugänglich sein.

Denkbar wäre auch, eine Art Analogbüro in städtischen Dienststellen einzurichten, in dem Menschen ohne digitalen Zugang Unterstützung erhalten, sei es beim Ausfüllen von Onlineformularen oder einfach auch nur beim Einscannen notwendiger Dokumente. Ein analoges Angebot soll auch für die Nutzung der Angebote städtischer Gesellschaften oder von anderen Freizeitangeboten, die städtisch organisiert werden, vorgehalten werden. Der Erwerb von Tickets für den öffentlichen Nahverkehr, den zoologischen Stadtgarten, städtische Museen oder städtische Veranstaltungen wie das FEST soll weiterhin auch in analoger Form möglich sein. Dazu kommt, digitale Infrastrukturen sind immer noch höchst störungsanfällig, wie wiederholte Hackerangriffe und Software-Pannen zeigen. Selbst Expertinnen und Experten für digitale Sicherheit empfehlen, analoge Angebote aufrechtzuerhalten.

Die Karlsruher Liste unterstützt ausdrücklich die Weiterentwicklung digitaler Angebote der Stadt Karlsruhe. Für viele Menschen und auch für die zuständigen Dienststellen kann dies eine Erleichterung und Vereinfachung von Prozessen bedeuten. Solange analoge Angebote jedoch nachgefragt und genutzt werden, müssen sie den Menschen zur Verfügung stehen, die sich in einer digitalen Welt, aus welchen Gründen auch immer, nicht zurechtfinden.

Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Erst einmal möchte ich den Moment nutzen, einfach nur zu danken für diesen Fokus, also den Fokus darauf, dass Menschen nicht vergessen werden dürfen. Es ist eine kompliziertere Dienstleistung, und Menschen haben Schwierigkeiten, die auszuführen. Erst einmal danke an die Karlsruher Liste für diesen Fokus auf die Menschen.

Gleichzeitig möchte ich ein bisschen abwägen und sagen, wir können nicht für jeden digitalen Prozess einen analogen zusätzlichen Prozess schaffen. Das heißt, wir können nicht alles noch mal auf DIN A, dem einzigen durchgesetzten Standardformat in Deutschland, ausdrucken und noch mal einscannen und wiederverwerten. Deswegen, ich finde die Richtung sehr richtig und habe auch vor der Gemeinderatssitzung schon sehr deutlich gesagt, dass ich die Grundidee richtig finde und wir daran weiterarbeiten sollten. Aber in der Art und Weise, wie sie gefordert ist, stimme ich dem Antrag so nicht zu und freue mich aber, zukünftig auch gerne mit der Karlsruher Liste zusammen den nächsten Antrag einzubringen.

Stadtrat Kehrle (CDU): Wir lehnen diesen Antrag von der KAL heute ab aus einem Grund. Digitale Angebote sollten weiter ausgebaut werden, aber auch einfacher ausgebaut werden. Aber trotz allem sehen wir in der Verwaltung, in den Bürgerbüros das Bemühen, den Willen, auch jedem Bürger das Angebot analog anzubieten, auch mit Hilfe der SJB. Es wird, glaube ich, keiner vergessen. Wenn es wirklich extrem schlimm ist, wird einem auch analog geholfen, und zwar ohne Antrag, auf dem kurzen Dienstweg im Bürgerbüro. Deshalb lehnen wir diesen Antrag heute ab, sind aber auch froh über das Thema, dass auch diese Leute nicht vergessen werden.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich füge mich fast nahtlos ein. Lob euch und ich danke euch für euren Antrag, liebe KAL-Fraktion, weil wir natürlich im Prinzip genauso denken wie ihr in dem Bereich. Nur womit wir uns einfach schwertun, ist die Pauschalität und das Absolute in dem Antrag, dass wir das jetzt grundsätzlich immer machen müssen, komme was wolle, komme, was auch immer es kostet, wie aufwendig es auch immer sein mag. Wir müssen alle Prozesse anschauen, wir müssen über die Prozesse debattieren, wir müssen gucken,

aber wir werden auch Kompromisse machen müssen, wo wir vielleicht uns von dem einen oder anderen dann doch im Großen und Ganzen verabschieden. Es ist auch immer eine Frage, wie viel Qualität hat das Analoge noch, ist es wirklich komplett vergleichbar, oder finden wir Kompromisse, wie zum Beispiel bei den Bahntickets, wo wir auch lange drüber diskutiert haben, auch mit sehr unterschiedlicher Meinung dazu, wie viel analog braucht es am Ende. Diesen Spielraum müssen wir uns lassen. Den Spielraum müssen wir auch den Expertinnen und Experten der Verwaltung lassen, im Einzelfall zu finden.

Wir sind Anwältinnen und Anwälte der Bürger. Wir müssen schon genau auf die Prozesse hingucken. Ihr habt auch Beispiele genannt in eurer Konkretisierung mit zum Beispiel dem Sozialticket. Das sind natürlich Dinge, da sind wir auch hellwach, wenn wir so etwas hören, und da müssen wir auch hellwach sein. Aber diese Probleme kriegt man nicht vermieden, indem man sagt, irgendwie muss es noch analog sein, weil am Ende, und jetzt wiederhole ich mich, kommt es auch immer auf die Qualität des Analoges an. Deswegen lasst uns in die Details schauen, die Arbeit müssen wir uns machen. Deswegen können wir diesem pauschalen Antrag heute leider auch nicht folgen.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Stadt meinte bereits in ihrer Stellungnahme, als der Antrag im Haupt- und Finanzausschuss behandelt wurde, das Thema sei als erledigt zu betrachten. Die Antragsteller sahen das aber anders, denn wenn die Stadt von anlass- und zielgruppen-spezifischer Balance zwischen analogen und digitalen Angeboten in ihrer Stellungnahme spricht, dann heißt das im Klartext, dass nicht mehr alles in analoger Form möglich sein wird beziehungsweise bereits heute ist. Als Beispiel ist hier das Einreichen von Bauanträgen zu nennen, das aktuell nur noch in elektronischer Form möglich ist. Das einzurichten war nicht ganz einfach, wie ich bei der letzten Ortschaftsratssitzung in Neureut durch Frau Reger vom Bauordnungsamt gelernt habe. Wir sollten froh sein, dass wir das jetzt endlich haben. Die Nutzung der Tube in London mit der Oyster- oder Kreditkarte ist wesentlich einfacher, als sich hier im KVV analog ein Ticket zu besorgen. Die Deutsche Bahn fährt schließlich auch keine Regelzüge mehr mit Dampflokomotiven, auch wenn es Nostalgiker gibt, die das vermissen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadträtin Geißinger (Volt): Erst einmal auch von uns ein Danke an die Antragstellenden. Grundsätzlich ist es so mit Fortschreiten der Digitalisierung, jeder hat jemanden in seinem Umfeld, den genau dieser Antrag trifft. Ich glaube, wir dürfen das einfach nicht vergessen. Generell pauschal zu sagen, dass es analog und digital, beides parallel geben soll, halten wir aber nicht für den richtigen Weg. Gerade Digitalisierung birgt sehr viel Chancen, auch die Verwaltung effizienter zu gestalten. Wir reden auch davon, dass analog leben können nicht unbedingt heißt, dass alles in Papier sein muss. Wir würden es zum Beispiel sehr begrüßen, wenn es mehr Hilfestellungen gibt, wenn es Anlaufstellen gibt, aber denken Sie allein einmal zum Beispiel an die Beteiligungsplattform. Wie soll denn die auf Papier funktionieren? Es gibt einfach gewisse Projekte, wo in sich alleine schon der Grundgedanke leider nicht dafür ausreicht, um parallel zu fahren.

Auch grundsätzlich würde das einfach auch Doppelstrukturen schaffen. Dann grundsätzlich analoges Leben möglich zu machen, in dieser Variante können wir leider nicht zustimmen. Grundsätzlich würden wir es aber sehr befürworten, wenn wir uns noch einmal konkreter überlegen, in welchen Bereichen stehen welche Menschen vor welchen Problemen und dann entsprechend Lösungen zu erarbeiten. Da sind wir sehr offen dafür, und das können wir auch gerne die nächsten Monate gemeinsam noch mal besprechen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Bei einigen Reaktionen auf den Antrag habe ich ein inneres Bild vor dem Auge mit Lagerhallen voller Papierberge. So lese und verstehe ich den Antrag gar nicht. Ich glaube, es geht darum, dass Menschen zu einer Behörde gehen können und sagen können: „Kriege ich das nicht auch auf Papier?“ Dann druckt man es ihnen aus. Ich verstehe auch nicht, wo da das Problem sein soll, muss ich ehrlich sagen. Oder verstehe ich das komplett falsch? Also so lese ich den Antrag, und wenn ich ihn so lese, gehe ich doch zu 100 Prozent mit.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Liebe Kollegin Berghoff und liebe Antragsteller, ich habe das genauso gelesen, weil in dieser drastischen Darstellungsweise, wie es jetzt hier im Gemeinderat gerade besprochen wurde, habe ich diesen Antrag nicht gelesen. Wir als FDP/Freie Wähler-Fraktion finden den Antrag richtig und gut und würden den auch heute mitgehen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich bin richtig dankbar für den Antrag, weil ich glaube, wenn wir für eine Bevölkerungsgruppe Verantwortung haben, dann ist es auch spezifisch für diese Gruppe. Deswegen glaube ich, sollten wir uns darum kümmern. Die Frage ist, wie man die Probleme löst. Das ist eine ganz andere Frage. Die müssen wir uns in der Tat stellen. Die Arbeit folgt jetzt. Jetzt pauschal alles in irgendeiner Weise analog zu machen, ist ein bisschen hochgegriffen. Aber wir müssen das praktisch einmal durchgucken, wo macht es Sinn, in welcher Weise macht es Sinn, und wer braucht was. Die Arbeit steht bevor, aber die Sache an sich ist goldrichtig.

Stadtrat Cramer (KAL): Es wird grundsätzlich, das erlebe ich schon in Kreisen, wie wir hier alle sind, wo wir sitzen, einfach nicht verstanden. Da herrscht das Wissen nicht vor, dass es Menschen gibt, die keine E-Mail-Adresse haben, dass es Menschen gibt, die keinen PC haben, geschweige denn ein Smartphone und Apps und Tralala, was es sonst noch gibt. Das gibt es, massig gibt es diese Menschen, allein in Deutschland, ich glaube, anderthalb Millionen. Wenn man das runterrechnet auf Karlsruhe, dann sind es immer noch so viele, dass man die sozusagen nicht im Regen stehen lassen kann. Wie Frau Berghoff und jetzt auch du, der Herr Hock, feststellen, darum geht es. Es geht doch nicht um irgendwelche Papiermassen, sondern es geht darum, das war auch der Begriff, den wir jetzt benannt haben, Analogbüro, das wurde jetzt vom CDU-Vertreter auch in der Richtung gesprochen, dass man mindestens ins Bürgerbüro gehen kann und sagt, ich muss das und das machen und dass einem dann dort geholfen wird, ohne dass man fortgeschickt wird und gesagt wird: „Kaufen Sie sich ein Smartphone oder schaffen Sie sich eine E-Mail-Adresse an.“ Darum geht es, Herr Pfannkuch. Verstehen Sie?

(Zuruf **Stadtrat Pfannkuch/CDU**)

Was ist ein Phantom-Beispiel?

Der Vorsitzende: Vielleicht können wir versuchen, wieder in geordnete Bahnen zu kommen.

Stadtrat Cramer (KAL): Das stimmt so nicht, also wir wünschen, dass das möglich ist. Sie gucken auf die Uhr, aber das ist jetzt unerheblich, ob Sie jetzt gern heim wollen oder nicht. Wir wollen, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat, ohne sich ein digitales Endgerät anschaffen zu müssen, dass er seine Sachen, die er erledigen muss, auf Seiten, die die Stadt

anbietet, dass das durchgeführt werden kann. Darum geht es. Wenn jetzt Antrag abgelehnt wird, Herr Oberbürgermeister, das sieht so aus, er wird abgelehnt, obwohl einige Fraktionen das alles ganz toll finde, aber dann doch nicht. Dann kann ich schon ankündigen, dass wir dann in einem halben Jahr den Antrag noch einmal stellen und hoffe, dass bis dorthin vielleicht auch die einzelnen Fraktionen sich mehr in diese Problematik reindenken, einfach mal sagen, okay, ich denke mich jetzt mal rein in ein Leben, was ich selber gar nicht führe und auch gar nicht führen will, aber dass viele Menschen führen müssen.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen folgenden Vorschlag machen. Nachdem jetzt doch durch Ihr zusätzliches Papier konkrete Vorschläge gemacht werden, die im ursprünglichen Antrag nicht drinstehen, schlage ich vor, dass wir es jetzt einfach, wenn Sie alle einverstanden sind, sonst geht es nicht, wir nehmen den Antrag noch einmal in den Hauptausschuss, laden den Herrn Lipp ein, und wir versuchen, über die Kultur des Umgangs mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, die kommen und sagen: „Ich kann das nicht.“ Ich bin sicher, dass es keinen einzigen nachweisbaren Fall gibt, in dem ein solcher Bürger weggeschickt wird. Das kann ich mir nicht vorstellen. Auch dieses eine Beispiel mit dem Sozialticket, es mag sein, ich will es nicht bestreiten, das klären wir dann noch mal bei den Verkehrsbetrieben. Möglicherweise ist das KVV-Zentrum aber die falsche Anlaufstelle, das weiß ich nicht.

Aber lassen Sie uns über die Kultur des Miteinanders reden. Wenn Sie in Lettland, in Dänemark, überall unterwegs sind, wo die Digitalisierung viel weiter fortgeschritten ist, dann sagen die, wir machen 80 bis 95 Prozent der Dinge digital und für alle restlichen 5 Prozent haben wir dann die Zeit, uns um jeden Einzelnen so zu kümmern, dass er am Ende an sein Ziel kommt. Das muss die Grundeinstellung sein.

Was nicht geht, und ich glaube, das ist auch deutlich geworden, ist, für jeden digitalen Vorgang, der manchmal auch deswegen günstiger ist, weil er weniger Verwaltungsaufwand macht oder überhaupt erst möglich ist, weil es digital gibt, jetzt auch noch ein analoges Format in Papierform irgendwo dahinzulegen. Das würde leider doch zu großen Schränken voller Papier führen. Aber insofern würde ich das gerne aufnehmen, weil ich glaube, da sind wir uns einig. Lassen Sie uns über die Kultur des Miteinanders in unseren Bürgerdiensten versuchen, das aufzunehmen, ohne dass ich auf der Homepage lesen möchte, jeder, der keinen Bock auf digital hat, kommt zu uns, und dann erledigen wir alles. Dann stellen sich da nämlich Leute in Reihe auf, die es sehr wohl digital können, die aber einfach jetzt an der Stelle es einfacher finden, wenn sie die städtischen Dienstleister schaffen lassen. Was wir auch nicht machen können, die DB. Das war ein FDP-Minister, der gesagt hat, wir brauchen analog gar nicht mehr, wir machen die Bahncard nur noch digital, was übrigens dazu führte, dass zwei meiner Familienmitglieder sie zwar bezahlt haben, aber nicht nutzen können, weil sie die Geräte nicht haben. Das ist eine echte Frechheit. Das meinen wir gerade nicht. Trotzdem kann es aus meiner Sicht nicht sein, dass wir jetzt im Bürgerbüro sagen: „Na ja, Sie können auch bei uns Ihre Bahncard beantragen.“ Das nutzt Ihnen übrigens auch nichts, weil ich es nur als digitalen Zugang habe.

Wenn wir uns vielleicht auf so einen Weg einigen können, diskutieren wir jetzt nicht länger, lehnen auch den Antrag nicht ab, sondern ich schlage vor, wir nehmen ihn noch einmal in den Haupt- und Finanzausschuss, laden den Herrn Lipp ein, und dann diskutieren wir diese Kultur, denn die finde ich als Zeichen wichtig, aber gegen die, sagen wir, Maximalforderung, wie sie da drin steht, ich glaube, da würden wir uns überfordern, und wir würden vor allem die falschen Signale an die Bevölkerung setzen. Das wäre mein Vorschlag

zum Kompromiss. Können wir damit so umgehen? Okay, dann können wir doch vielleicht jetzt mal einen Strich machen, wenn Sie dazu noch Anregungen haben.

Herr Dujmović, Sie haben sich gemeldet, aber noch etwa zehn andere. Sie wissen, was Sie für eine Verantwortung jetzt auf sich nehmen.

Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Ich wollte schon ewig mal aus irgendwelchen Büchern zitieren. Nein, da bin ich grundsätzlich einverstanden mit. Nur kurze Ergänzung, ich finde es noch ganz gut, es auch in die IT-Kommission zu bringen, zusätzlich zum Haupt- und Finanzausschuss, auch in die IT Kommission.

Der Vorsitzende: Das können wir machen, das ist kein Thema. Also ergänzend IT-Kommission, wobei die mit analog..., na ja, interessant. Mal gucken, was die uns vorschlagen. Dann können wir das für heute erst mal so beenden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. April 2025